grünjournal

Das Magazin der Grünen-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

INHALT

Bilanz und Ausblick

Klimaschutz, Bildung und Wohnraum im Fokus. S. 2/3

Offene Jugendarbeit

Die Grünen-Fraktion will die Jugendarbeit stärken. S. 4

Kitas beitragsfrei

Der Kita-Besuch für dreibis sechsjährige Kinder wird in Bremen ab 1. Auaust dieses Jahres beitragsfrei. Die entsprechende Gesetzesänderung von Rot-Grün hat der Landtag nun beschlossen. Die Beitragsfreiheit umfasst die Betreuung der Kinder für je acht Stunden an fünf Tagen pro Woche.

Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

Altenwall 25, 28195 Bremen Tel.: 0421 /3011-0

E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de ViSdP: Matthias Makosch

Texte: Matthias Makosch Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto

Druck: Geffken & Köllner, Bremen

Hochschulen stärken

ine höhere Grundausstattung der Hochschulen, erheblich mehr wissenschaftliche MitarbeiterInnen und ProfessorInnen. neue Studiengänge, der Ausbau der Studienplätze (auf 40.000 in Bremen und 5000 in Bremerhaven) sowie mehr Frauenförderung - das sind nur einige Kernpunkte des Wissenschaftsplans 2025. "Der Wissenschaftsplan ist eine gute Basis, um die Hochschulen im Land Bremen weiter zu stärken. Um insbesondere die Lehre zu

unterstützen, schaffen wir viele neue Stellen. Uns ist dabei wichtig, dass der Frauenanteil erhöht und die Chancengleichheit auch in der Wissenschaft vorangetrieben wird. Die neuen Studiengänge erhöhen die Attraktivität der Hochschulen. Mit der höheren Grundausstattung, zusätzlichen Gebäuden und der Digitalisierung verbessern wir die Rahmenbedingungen. Die Hochschulen ziehen viele junge Menschen an. Von ihren Ideen profitieren Bremen und Bremerhaven".so die wissenschaftspolitische Sprecherin Henrike Müller.



Der Wissenschaftsplan sieht u.a. 346 zusätzliche Stellen an den Hochschulen vor, darunter 74 Professuren. Der Frauenanteil an den Professuren soll auf 35 Prozent steigen. Einen Schwerpunkt bei den neuen Studiengängen bilden die Gesundheitsberufe – so sollen Studiengänge für Hebammen und Pflegeberufe entwickelt werden. Der Raumfahrtstandort Bremen richtet den Studiengang, Space Technology' ein. Die Studiengänge ,Deutsch als Zweitsprache' und ,Inklusive Pädagogik' werden gestärkt, der Sport-Studiengang feiert sein Comeback.

Bildung, Wohnen und Klimaschutz im Fokus

Die Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer zieht im Interview eine Bilanz der letzten vier Jahre und erläutert, welche Themen die Grünen weiter umtreiben.

as waren herausragende Ereignisse der ablaufenden Wahlperiode?

Maike Schaefer: Gerade in den Jahren 2015/16 hat Bremen außergewöhnlich viele Geflüchtete und Asyslsuchende aufgenommen. Innerhalb kurzer Zeit mussten fast 20.000 Menschen untergebracht und dann integriert werden. Das war eine enorme Herausforderung, die Bremen und insbesondere das grün geführte Sozialressort mit Hilfe der vielen ehrenamtlich engagierten Menschen sehr gut gemeistert hat. Das hat einmal mehr gezeigt: In Bremen zählt Zusammenhalt noch was. Ein echter Wendepunkt ist auch die Verständigung auf einen neuen Finanzausgleich, für den Finanzsenatorin Karoline Linnert mit der notwendigen Haushaltskonsolidierung die Basis geschaffen hat. Davon profitieren das Land Bremen und seine beiden Städte ab 2020: 487 Millionen Euro mehr stehen dann jährlich zur Verfügung. Wir können mit 80 Millionen Euro pro Jahr die Altschulden tilgen. Den überwiegenden Teil wollen wir für Bremen als attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort verwenden. Dazu gehören massive Investitionen in Bildung, in den Ausbau von Kitaplätzen und mehr Klimaschutz. Dazu gehören ebenso die Sanierung von Schulen, Turnhallen und Verkehrswegen.

Hängt Bremens Zukunft als Oberzentrum und starker Wirtschaftsstandort neben Bildung und intakter Infrastruktur nicht auch von bezahlbarem Wohnraum ab?

Klar. Bremen ist eine wachsende Stadt. Wir wollen, dass die Stadtteile sozial gemischt bleiben. Dafür muss bezahlbarer Wohnraum für alle Einkommensgruppen geschaffen werden. Wir haben millionenschwere Wohnraumförderprogramme aufgelegt und die Anzahl der Baugenehmigungen deutlich erhöht.

"Wir wollen Grün und Wohnen verbinden."

Das reicht aber bei weitem noch nicht, um den Preisanstieg bei Mieten und Immobilien zu dämpfen. Dafür müssen wir die Sozialwohnungsquote bei Neubauten auf öffentlichem Grund auf 30 Prozent anheben und bei öffentlichen Grundstücken verstärkt auf Erbpacht setzen. Vor allem müssen die großen Neubaugebiete vom Hulsberg-Quartier über das Kellog's-Areal bis zum

ehemaligen Könecke- sowie Cola-Gelände entwickelt werden. Gerade wegen des Wohnungsmangels kommt es darauf an, auch die Hälfte des städtischen Rennbahn-Areals zu bebauen und die andere Hälfte für Grün, Sport und Freizeit zu nutzen. Das ist eine bereits erschlossene Fläche ohne ökologischen Nutzen, die helfen würde, andere Stadtteile nicht noch mehr zu verdichten als bisher geplant.

Große Grünflächen wie die Osterholzer Feldmark sind keine Alternative?

Nein. Wir setzen weiter auf die Innenentwicklung, die das Grün am Stadtrand schützt. Das ist gut für die Natur. Das ist aber auch ein Standortfaktor, denn die BremerInnen schätzen die vielen Grünflächen für ihre Lebensqualität. Dazu gehören ebenso die Kleingärten, die wir verteidigen – auch wenn die SPD die Parzellen im Bremer Westen und z.T. auf dem Stadtwerder gerne dem Betonmischer preisgeben würde. Bei allem Wachstum wollen wir Bremen als lebenswerte Stadt erhalten. Die Rennbahn sollte deshalb zum Vorbild werden, wie Grün und klimagerechter Wohnungsbau verbunden werden können.

Wie steht's denn um den Klimaschutz in Bremen?

Unsere selbst gesteckten Ziele sind bislang nicht erreicht. Die Berichte über schmelzende Gletscher und zunehmende Extremwetter-Ereignisse wie der jüngste Hitzesommer zeigen: Der Klimawandel schreitet schneller voran als angenommen. Umso wichtiger ist es, dass auch Bremen sich seiner Verantwortung stellt. Wir wollen Druck ausüben, dass die Bremer Kohlekraftwerke bis 2023 vom Netz gehen. Das würde hier den CO₂-Ausstoß um gut 30 Prozent senken. Unser Ziel ist, dass Bremen bis 2050 klimaneutral wird.Das erfordert anderes Bauen. anderes Wirtschaften und 100 Prozent erneuerbare Energien. Die klimafreundliche Verkehrswende muss deutlich mehr Fahrt aufnehmen. Damit mehr Leute vom Auto aufs Rad umsteigen, müssen

die Rahmenbedingungen stimmen. Dafür müssen wir die Radpremiumrouten vorantreiben, an geeigneten Stellen die Stadt auch mit Radbrükken verbinden und auf dem Weg zum 365-Euro-Ticket den Ausbau und die Oualität des ÖPNV verbessern. Nicht zuletzt kommt es aber auch aufs Konsumverhalten an. Deshalb tischen wir Fleisch aus der Massentierhaltung in Kitas und Schulen spätestens ab 2022 überhaupt nicht mehr auf. Damit bekommen alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern gesunde Biokost. Das dient dem Schutz der Kinder, dem Tierwohl und dem Klimaschutz.

Ist Bremen denn auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet?

Wir müssen mit mehr Hitzewellen im Sommer, Sturmfluten und extremem Starkregen rechnen. Deshalb erhöhen wir die Deiche. Wir wollen eine Gründachverordnung

> erlassen, um gerade gegen Starkregen besser gewappnet zu sein, der privaten Gebäuden ebenso schadet wie der öffentlichen Infrastruktur und damit dem Wirtschaftsstandort, Gründächer an geeigneten Stellen machen Sinn, weil sie das Wasser zurückhalten, aber auch die Luft reinigen. Beim Klimaschutz und Klimaanpassung kann man unserem Koalitionspartner keinen großen Enthusiasmus unterstellen, aber wir

bleiben hartnäckig. Tempo 30 für mehr Verkehrssicherheit fand die SPD auch mal doof, inzwischen ist das Tempolimit ausgeweitet worden.

Ein Dauerthema bleibt aber auch der Kita-Ausbau, oder?

Wir haben allein in den vergangenen drei Jahren gut 3200 zusätzliche Kitaplätze geschaffen. Das ist angesichts der zum Glück gestiegenen Geburtenzahlen auch nötig und muss noch mehr werden – auch weil der Kita-Besuch ab August beitragsfrei wird, damit Familie und Beruf noch besser vereinbar sind. Die Öffnungszeiten der Kitas müssen aber auch flexibler werden, damit insbesondere Alleinerziehende mit hohem Armutsrisiko arbeiten gehen können. Sie brauchen insgesamt mehr Unterstützung, auch durch Teilzeitausbildungen.

Bei den Kitas geht es voran, aber was ist mit den Schulen?

Bildung ist ein Schwerpunkt der grünen Fraktionsarbeit. Wir haben den Bildungsbereich finanziell deutlich gestärkt und ein Institut für Qualitätsentwicklung auf den Weg gebracht, das die Schulen unterstützen soll. Die Qualität muss besser werden. Das heißt auch mehr Geld. Wir wollen die Ausgaben pro SchülerIn an das höhere Niveau der anderen Stadtstaaten anpassen, wie es der Bildungskonsens vorsieht, und den Unterrichtsausfall durch eine Personalbemessung bei Lehrerlnnen von 105 Prozent verringern. Nicht zuletzt müssen wir beim Ganztagsschulausbau vorankommen, der zuletzt ärgerlicherweise ins Stocken geraten ist.



Mehr Mittel für offene Jugendarbeit

ie Offene Jugendarbeit (OJA) in den Stadtteilen leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von jungen Menschen. Die verschiedenen Angebote ermöglichen es Jugendlichen, Vielfalt kennenzulernen, aber auch eigene Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu übernehmen. Zwar wurde die Offene Jugendarbeit auf grüne Initiative 2018 finanziell ge-



stärkt. Doch die gut acht Millionen Euro reichen nicht aus. Denn die Erhöhung des Etats fließt vor allem in Tarifsteigerungen, Gebäude-Instandhaltung und höhere Energiekosten. "Wir wollen die Träger von Kosten entlasten, für die inhaltliche Arbeit unterm Strich eine halbe Million Euro mehr bereitstellen und die Angebote z.T. qualitativ voranbringen", erläutert die jugendpolitische Sprecherin Sahhanim Görgü-Philipp. Ein entsprechendes Positionspapier aus ihrer Feder hat die Grünen-Fraktion nun beschlossen.

Um die Offene Jugendarbeit finanziell auf ein solides Fundament zu stellen, will die Grünen-Fraktion die Träger von Kosten entlasten. Dafür sollen in den Rahmenverträgen künftig Mietpreiszahlungen verankert werden, die die Energiekosten berücksichtigen. Die Tarifanpassung muss im Zuge neuer Zuwendungsbescheide erfolgen. Eine mehrjährige Bewilligung soll für mehr Planungssicherheit sorgen.

Einen entlastenden Effekt hätte auch ein eigenes Budget für stadtzentrale Angebote. Manche Angebote wie z.B. der Sportgarten oder auch der Fun Park Obervieland werden von Jugendlichen aus dem gesamten Stadtgebiet genutzt. Eine Finanzierung dieser Angebote ist allein aus dem stadtteilbezogenen Etat nicht zu stemmen. "Wir wollen einen Extra-Topf für stadtzentrale Angebote. Dafür schlagen wir zunächst 200.000 Euro vor", so Sahhanim Görgü-Philipp. Ebenfalls 200.000 Euro beträgt derzeit die

Summe aus dem Integrationsbudget, die der Arbeit mit jungen Geflüchteten dient. Die Mittel sind nur noch im aktuellen Haushalt gesichert. "Diese Mittel müssen verstetigt werden, damit die Integration der Jugendlichen vor Ort fortgeführt werden kann", betont Sahhanim Görgü-Philipp.

Mit 100.000 Euro will die Fraktion einen neuen Innovationstopf speisen, der gemeinsame Projekte von Ganztagsoberschulen, Vereinen und Jugendhilfe fördert. Innovationsbedarf sieht die Fraktion auch bei den Angeboten: Digitalisierung und Trends wie E-Sports spielen dabei bisher kaum eine Rolle.

Das Positionspapier findet sich unter: www.gruene-fraktion-bremen.de